

Wesentliche Änderungen

Fassung vom 10.03.2005

- [Rz 23.1a bis 23.1c](#): Abgrenzung zur Leistungsgewährung nach § 34 SGB XII
- [Rz 23.4](#): Folgeänderung

Fassung vom 07.03.2005

- [Kapitel 1.2](#): Regelungen zur Prüfung des einzusetzenden Vermögens wurden wieder aufgenommen; es kann auch auf nach § 12 Abs. 2 Nr. 1 SGB II geschütztes Vermögen zurückgegriffen werden.

Fassung vom 01.02.2005

- [Kapitel 1.2 \(alt\)](#): Die Regelungen zur Prüfung des einzusetzenden Vermögens wurden aufgegeben, weil sie im Einzelfall zu unbilligen Ergebnissen führen können.

§ 23

Abweichende Erbringung von Leistungen

(1) Kann im Einzelfall ein von den Regelleistungen umfasster und nach den Umständen unabweisbarer Bedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts weder durch das Vermögen nach § 12 Abs. 2 Nr. 4 noch auf andere Weise gedeckt werden, erbringt die Agentur für Arbeit bei entsprechendem Nachweis den Bedarf als Sachleistung oder als Geldleistung und gewährt dem Hilfebedürftigen ein entsprechendes Darlehen. Bei Sachleistungen wird das Darlehen in Höhe des für die Agentur für Arbeit entstandenen Anschaffungswertes gewährt. Das Darlehen wird durch monatliche Aufrechnung in Höhe von bis zu 10 vom Hundert der an den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und die mit ihm in Bedarfsgemeinschaft lebenden Angehörigen jeweils zu zahlenden Regelleistung getilgt.

(2) Solange sich der Hilfebedürftige, insbesondere bei Drogen- oder Alkoholabhängigkeit sowie im Falle unwirtschaftlichen Verhaltens, als ungeeignet erweist, mit der Regelleistung nach § 20 seinen Bedarf zu decken, kann die Regelleistung in voller Höhe oder anteilig in Form von Sachleistungen erbracht werden.

(3) Leistungen für

1. Erstausrüstungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten,
2. Erstausrüstungen für Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt sowie
3. mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen

sind nicht von der Regelleistung umfasst. Sie werden gesondert erbracht. Die Leistungen nach Satz 1 werden auch erbracht, wenn Hilfebedürftige keine Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts einschließlich der angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung benötigen, den Bedarf nach Satz 1 jedoch aus eigenen Kräften und Mitteln nicht voll decken können. In diesem Falle kann das Einkommen berücksichtigt werden, das Hilfebedürftige innerhalb eines Zeitraumes von bis zu sechs Monaten nach Ablauf des Monats erwerben, in dem über die Leistung entschieden worden ist. Die Leistungen nach Satz 1 Nr. 1 und 2 können als Sachleistung oder Geldleistung, auch in Form von Pauschalbeträgen, erbracht werden. Bei der Bemessung der Pauschalbeträge sind geeignete Angaben über die erforderlichen Aufwendungen und nachvollziehbare Erfahrungswerte zu berücksichtigen.

(4) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes können als Darlehen erbracht werden, soweit in dem Monat, für den die Leistungen erbracht werden, voraussichtlich Einnahmen anfallen.

- 1. Darlehen bei unabweisbarem Bedarf (§ 23 Abs. 1)**
 - 1.1 Unabweisbarer Bedarf**
 - 1.2 Prüfung des einzusetzenden Vermögens**
 - 1.3 Abwicklung**
- 2. Sachleistungen nach § 23 Abs. 2**
 - 2.1 Nicht zweckgemäße Verwendung der Regelleistung**
 - 2.2 Verfahren**
- 3. Einmalige Leistungen nach § 23 Abs. 3**
- 4. Darlehen bei zu erwartenden Einnahmen (§ 23 Abs. 4)**

1. Darlehen bei unabweisbarem Bedarf (§ 23 Abs. 1)

(1) Die Regelung ist nur anwendbar, wenn im Einzelfall ein von den Regelsätzen umfasster und nach den Umständen unabweisbarer Bedarf nicht gedeckt werden kann (s. Hinweise zu § 20). Soweit das für diesen Fall zur Ansparung vorgesehene Vermögen nach § 12 Abs. 2 Nr. 4 im Einzelfall nicht oder nicht in ausreichender Höhe zur Verfügung steht und der Leistungsberechtigte vorrangig auch nicht auf eine andere Bedarfsdeckung, z.B. auf Gebrauchtwarenlager oder auf Kleiderkammern verwiesen werden kann, wird bei Nachweis des unabweisbaren Bedarfs eine Sach- oder Geldleistung in Form eines Darlehens gewährt. Hierbei besteht grundsätzlich kein Anspruch auf fabrikneue Gegenstände.

**Grundsatz
(23.1)**

(2) Ausdrücklich nicht von der Regelleistung umfasst sind die in § 5 Abs. 2 Satz 2 genannten Leistungen nach § 34 SGB XII (§ 20 Abs. 1 Satz 2). Hiernach können Schulden – auch für Leistungsberechtigte nach dem SGB II – übernommen werden, wenn dies zur Sicherung der Unterkunft oder zur Behebung einer vergleichbaren Notlage gerechtfertigt ist und nicht nach § 22 Abs. 5 zu übernehmen sind. Sie sollen übernommen werden, wenn es gerechtfertigt und notwendig ist und sonst Wohnungslosigkeit einzutreten droht.

**Abgrenzung
zu § 34 SGB
XII
(23.1a)**

(3) Liegen die materiell-rechtlichen Voraussetzungen des § 34 SGB XII vor, besteht grundsätzlich für die Anwendung des § 23 Abs. 1 - auch mit Blick auf § 5 Abs. 1 Satz 2 - kein Raum. Bestehen über die Zuständigkeit zwischen den Leistungsträgern unterschiedliche Auffassungen, ist die Einigungsstelle anzurufen (§§ 21 Satz 2 SGB XII, 45 SGB II).

**Anrufung der
Einigungs-
stelle
(23.1b)**

(4) Stromkosten sind Bestandteil der Regelleistung. Erforderliche Nachzahlungen aufgrund der Jahresabrechnung sind daher grundsätzlich aus der laufenden Regelleistung zu zahlen. Dies gilt grundsätzlich auch für aufgelaufene Stromschulden.

**Energie-
schulden
(23.1c)**

(5) In diesen Fällen kommt eine Darlehensgewährung im Rahmen des § 23 Abs. 1 aber in Betracht, wenn der Bedarf unabweisbar ist und nicht auf andere Weise gedeckt werden kann. Auf „andere Weise“ kann der Bedarf z.B. auch gedeckt werden, indem die Leistungsberechtigten eine Ratenzahlung mit dem Versorgungsunternehmen vereinbaren.

(6) Droht wegen der Stromschulden die Sperrung der Stromversorgung wird regelmäßig eine mit der Sicherung der Unterkunft vergleichbare Notlage (siehe Rz 23.1a) vorliegen, so dass vorrangig Leistungen im Rahmen des § 34 SGB XII durch den kommunalen Träger zu erbringen sind.

1.1 Unabweisbarer Bedarf

(1) Ein Bedarf ist dann unabweisbar, wenn er nicht aufschiebbar, daher zur Vermeidung einer akuten Notsituation unvermeidlich ist und nicht erwartet werden kann, dass der Hilfebedürftige diesen Bedarf mit der nächsten Regelleistung ausgleichen kann.

**Unabweisbarer
Bedarf
(23.2)**

(2) Bedarfe können beispielsweise entstehen durch:

- notwendige Reparaturen
- notwendige Anschaffungen (z.B. neue Winterkleidung bei heranwachsenden Kindern)
- Diebstahl
- Brand
- Verlust

(3) Ein unabweisbarer Bedarf ist grundsätzlich zu belegen, ggf. durch plausible Erklärung glaubhaft zu machen.

**Nachweis
(23.3)**

Geeignete Nachweise sind z. B.:

- Diebstahlanzeige
- Kostenvoranschläge/Reparaturaufträge

(4) Für die Begleichung bereits bestehender Schulden wird grundsätzlich kein Darlehen gewährt (siehe aber Rz 23.1a bis 23.1c).

**Schulden
(23.4)**

(5) Bestattungskosten werden, sofern sie nicht durch dazu Verpflichtete getragen werden können, von dem Träger der Sozialhilfe übernommen (§ 74 SGB XII). Diese Regelung wird nicht von dem Ausschluss nach § 21 SGB XII erfasst und gilt daher auch für Bezieher von Leistungen nach dem SGB II.

(23.6)

1.2 Prüfung des einzusetzenden Vermögens

(1) Der Hilfebedürftige hat zunächst sein für notwendige Anschaffungen nach § 12 Abs. 2 Nr. 4 privilegiertes Vermögen (750 €) einzusetzen, unabhängig davon, ob durch dessen Einsatz auch das nach § 12 Abs. 2 Nr. 1 geschützte Vermögen betroffen ist.

**Einzusetzendes
Vermögen
(23.7)**

Beispiele:

a) Hilfebedürftiger, 34 Jahre, allein stehend

Vermögen: 7.000 €

Antrag auf Darlehen wegen notwendiger KFZ-Reparatur, Preis: 800,00 €

Freibetrag:

Grundfreibetrag § 12 Abs. 2 Nr. 1 6.800 €

Freibetrag § 12 Abs. 2 Nr. 4: 750 €

Der Hilfebedürftige muss von seinem Vermögen 750 € einsetzen; das nach § 12 Abs. 2 Nr. 1 geschützte Vermögen ist somit teilweise in Anspruch zu nehmen.

Der den Freibetrag nach § 12 Abs.2 Nr. 4 übersteigende Betrag in Höhe von 50 € (800 € ./. 750 €) kann als Darlehen gewährt werden.

b) Hilfebedürftiger, 23 Jahre, verfügt mit Ehefrau, 22 Jahre und 2 Kindern über ein Vermögen von 1.500 €; Ersatzbeschaffung eines Wohnzimmerschranks; Preis 900 €.

Freibeträge:

Grundfreibeträge (für alle) § 12 Abs. 2 Nr. 1 17.200 €
Freibeträge (für alle) § 12 Abs. 2 Nr. 4 3.000 €

Obwohl das vorhandene Vermögen (1.500 €) deutlich unter den Vermögensfreibeträgen liegt, ist dem Hilfebedürftigen zuzumuten, von seinem Vermögen 900 € einzusetzen.

Der Antrag auf ein Darlehen ist abzulehnen.

(2) Das Vermögen, auf welches verwiesen wird, muss verfügbar sein. Es darf nicht auf zwar grundsätzlich verwertbares, aber nur wegen Überschreitens anderer Privilegierungstatbestände zu berücksichtigendes Vermögen, verwiesen werden (Bsp.: Wert eines Kfz 7.000 €, angemessen jedoch nur 5.000 €).

**Verwertbarkeit
(23.7a)**

1.3 Abwicklung

(1) Darlehen werden nur auf – auch formlosen – Antrag erbracht und zinslos gewährt.

Die Entscheidung über die Darlehensgewährung stellt einen Verwaltungsakt nach § 31 SGB X dar.

**Antrag, Zinsen, Bescheid
(23.8)**

(2) Die Höhe der Tilgungsrate ist nach pflichtgemäßem Ermessen festzusetzen und beträgt maximal 10 v. H. der monatliche Regelleistung.

**Tilgungsrate
(23.9)**

(3) Vom Hilfebedürftigen kann verlangt werden, die Beschaffung bzw. den Kostenaufwand durch die nachträgliche Vorlage der Rechnung nachzuweisen.

Wurde die erbrachte Leistung nicht für den vorgesehenen Zweck verwendet, besteht grundsätzlich die Möglichkeit des Widerrufs nach § 47 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 SGB X und eine Rückforderung des Darlehens nach § 50 SGB X.

Voraussetzung des Widerrufs ist auch die Kenntnis des Hilfebedürftigen über die konkrete Zweckbestimmung der zuerkannten Leistung und eine entsprechende Rechtsfolgenbelehrung.

Bei Widerruf des Verwaltungsaktes kann die gewährte Leistung im Rahmen des § 43 aufgerechnet werden.

**Zweckbindung/
Widerruf
(23.10)**

2. Sachleistungen nach § 23 Abs. 2

2.1 Nicht zweckgemäße Verwendung der Regelleistung

(1) Mit der Regelleistung soll der Hilfebedürftige seinen Lebensunterhalt sichern (Rz. 20.1 zu § 20). Daraus folgt, dass der Hilfebedürftige diese Leistung insbesondere für die Bedarfe des täglichen Lebens einsetzen soll. Wird dem Träger bekannt, dass der Hilfebedürftige die Regelleistung anderweitig verwendet und somit seinen Lebensunterhalt und ggf. auch den der übrigen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft gefährdet, kann der Träger die Regelleistung

**Nicht zweckgemäße Verwendung
(23.11)**

ganz oder teilweise als Sachleistung erbringen (zur Vertretung der Bedarfsgemeinschaft siehe Kapitel 2 Abs. 2 der Hinweise zu § 38)

(2) Eine unsachgemäße Verwendung liegt insbesondere dann vor, wenn die Regelleistung überwiegend

- zur Befriedigung von Drogen- oder Alkoholsucht genutzt wird oder
- durch unwirtschaftliches Verhalten vorzeitig verbraucht wird.

(3) Alkohol- oder Drogenabhängigkeit muss nicht ärztlich dokumentiert sein. Es reicht aus, wenn dem Träger der Mangel an der Bedarfsdeckung bekannt wird, weil z.B. die Lebensumstände des Hilfebedürftigen darauf schließen lassen, dass dieser sich aufgrund des Alkohol- und Drogenkonsums /-missbrauchs als ungeeignet erweist, mit der ausbezahlten Regelleistung wirtschaftlich umzugehen.

Ggf. kann der ärztliche oder psychologische Dienst eingeschaltet werden, dabei sollte auch die Erwerbsfähigkeit im Sinne des § 8 geprüft werden.

**Drogen-/ Alkoholabhängigkeit
(23.12)**

(4) Unwirtschaftliches Verhalten liegt dann vor, wenn die erbrachte Regelleistung nicht verteilt auf den Bedarfszeitraum eingesetzt wird oder die Lebensführung nicht der Höhe der zu beanspruchenden Leistung angemessen ist. Indizien für unwirtschaftliches Verhalten liegen u. a. vor, wenn durch den Hilfebedürftigen wiederholt beim Leistungsträger wegen zusätzlicher Geldleistungen zum Lebensunterhalt vorgesprochen wird.

**Unwirtschaftliches Verhalten
(23.13)**

2.2 Verfahren

(1) Vor der Entscheidung über die Auszahlung der Leistung als Sachleistung ist eine Anhörung (§ 24 SGB X) erforderlich. Nach Möglichkeit sollte die Anhörung im Rahmen einer persönlichen Vorsprache durchgeführt werden.

**Anhörung
(23.14)**

(2) Sachleistungen sind Leistungen, die dem Hilfebedürftigen unmittelbar in Form des benötigten Bedarfes (Gebrauchsgegenstände wie z.B. Bekleidung, Hausrat), Kostenübernahmeerklärung oder aber auch in Form von Gutscheinen (z.B. Lebensmittelgutscheine) zukommen.

**Sachleistung/
Gutschein
(23.15)**

Nicht durch Sachleistung, Kostenübernahmeerklärung oder Gutscheine abgedeckte Teile des Bedarfs sind auszuführen.

(3) Die Regelungen zur Handhabung und Abrechnung von Gutscheinen sind zwischen dem Träger und den Handelseinrichtungen auf regionaler Ebene abzustimmen.

**Örtl. Vereinbarungen
(23.16)**

(4) Bei der Entscheidung ist pflichtgemäßes Ermessen auszuüben (§ 39 SGB I). Die Entscheidungsgründe sind zu dokumentieren und im Bescheid darzulegen.

**Ermessen
(23.17)**

3. Einmalige Leistungen nach § 23 Abs. 3

Die Leistungen nach § 23 Abs. 3 sind nicht in den Regelleistungen nach § 20 enthalten und werden als Beihilfe gewährt.

Wegen der Zuständigkeit der kommunalen Träger (§ 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 2) wird auf Hinweise zu diesem Thema verzichtet.

Nicht von Regelleistung umfasster Bedarf (23.18)

4. Darlehen bei zu erwartenden Einnahmen (§ 23 Abs. 4)

(1) Grundsätzlich gilt, dass Einnahmen, z.B. Lohnzahlungen in dem Monat auf den Bedarf anzurechnen sind, in dem sie zufließen. Dadurch wird bei voraussichtlichem Zufluss im Laufe des Kalendermonats die erwartete Einnahme bereits ab Monatsbeginn auf den Bedarf angerechnet. Wird Hilfebedürftigkeit wegen eines erwarteten Zuflusses von Einnahmen gemindert oder fällt sie weg, kann zur Sicherung des Lebensunterhaltes maximal bis zum tatsächlichen Zahlungstermin ein Darlehen in angemessener Höhe gewährt werden. Dies kann z.B. bei einer Arbeitsaufnahme bis zur ersten Lohnzahlung der Fall sein – in diesem Fall kommt auch die Gewährung einer Übergangsbihilfe nach § 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 53 Abs. 2 Nr. 1 SGB III in Betracht.

Näheres hierzu siehe auch Rz [9.5 zu § 9](#).

Darlehen bei zu erwartenden Einnahmen (23.19)

(2) Die Notwendigkeit eines Darlehens ist vom Hilfebedürftigen darzulegen. Vorrangig hat der Hilfebedürftige andere finanzielle Möglichkeiten zu nutzen (z.B. vorhandenes, auch nach § 12 Abs.2 Nr. 1 und 4 geschütztes Vermögen der Bedarfsgemeinschaft, Vorschuss vom Arbeitgeber).

Vorrang (23.20)

(3) Das zinslose Darlehen wird für die Dauer der Überbrückung in Höhe des bisherigen Bedarfs, ausgenommen eines ggf. gewährten Zuschlages nach § 24, geleistet. Über die Dauer ist im Rahmen des Ermessens unter Berücksichtigung des Einzelfalles zu entscheiden; so ist die Leistung nicht bis zum Zeitpunkt des erwarteten Einkommenszuflusses zu gewähren, wenn das benötigte Darlehen geringer ist.

Höhe/Dauer (23.21)

Über die Darlehensgewährung ist ein Bescheid zu erteilen.

(4) Die Rückzahlungsmodalitäten sind im Vorfeld mit dem Hilfebedürftigen zu vereinbaren und verbindlich im Darlehensbescheid festzulegen. Darlehen nach § 23 Abs. 4 sind in der Regel in einem Betrag zu einem bestimmten vereinbarten Zeitpunkt zurück zu zahlen. In begründeten Fällen (z.B. bei erwarteten Lohnzahlungen) kann zur Sicherung des Lebensunterhaltes während der Folgemonate auch Ratenzahlung eingeräumt werden (z.B. erzielttes Einkommen liegt nur geringfügig über Bedarf). Bei einer Darlehensgewährung bei Arbeitsaufnahme kommt eine Rückzahlung entsprechend § 54 Abs. 1 Satz 2 SGB III wie bei einer Übergangsbihilfe (Beginn der Rückzahlung zwei Monate nach der Auszahlung) in Betracht.

Tilgung (23.22)

(5) Ist das Einkommen nicht bedarfsdeckend, so ist das Darlehen gegen die gewährten Regelleistungen aufzurechnen; dabei sollten die Grenzen des Absatzes 1 beachtet werden.

(6) Ist das zum Zeitpunkt der Darlehensgewährung erwartete Einkommen im Monat der Darlehensgewährung nicht zugeflossen, liegen die Voraussetzungen des § 23 Abs. 4 SGB II nachträglich nicht vor. Der Bescheid über die Darlehensgewährung ist zu überprüfen und ggf. nach § 44 SGB X aufzuheben.